

Bundestagswahl 2009

Wer hat das bessere Konzept?

Wahlforscher Prof. Dr. Oskar Niedermayer

Wer will nicht schon vor dem eigentlichen Wahltag wissen, wie die bevorstehende Bundestagswahl ausgehen wird? Schließlich würde sich der eine oder andere Wähler anders entscheiden, wenn ihm das Wahlergebnis bekannt wäre. Wir sprachen mit Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Parteien- und Wahlforscher an der Freien Universität Berlin.

Redaktion: Herr Prof. Niedermayer, in welcher Weise beeinflussen Themen aus der Arbeitswelt den Ausgang der anstehenden Bundestagswahl?

Prof. Niedermayer: Beträchtlich. Generell haben wir zwei große Konfliktlinien, die das Wahlverhalten beeinflussen. Die eine Linie dreht sich um die Frage: Wie positionieren sich die Parteien zwischen den Polen „Neoliberalismus“ und „soziale Gerechtigkeit“? Bei der anderen Konfliktlinie stehen sich libertäre und autoritäre Wertesysteme gegenüber. Dabei geht es zum Beispiel um eine moderne oder traditionelle Familienpolitik. Entscheidend wird bei dieser Wahl aber die erstgenannte Konfliktlinie sein. Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik werden die zentralen Politikfelder sein.

Redaktion: Die Meinungsforscher sehen die CDU/CSU und auch die FDP derzeit als Favoriten. Womit punkten diese Parteien?

Prof. Niedermayer: Die Unionsparteien punkten zum einen mit der großen Beliebtheit der Kanzlerin, zum anderen aber auch damit, dass ihnen am ehesten

zugetraut wird, die gegenwärtige Wirtschaftskrise bewältigen zu können. Die FDP profitiert davon, dass die Union von ihrer neoliberalen Ausrichtung etwas abgegangen ist und die Seite der sozialen Gerechtigkeit wieder stärker betont. Dies zeigt sich zum Beispiel in der Befürwortung staatlicher Hilfen für Unternehmen und deren Beschäftigte in der Krise. Manchem Unionswähler geht dies zu weit. Allerdings macht die Union diesen Wählern mit Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wieder ein attraktives Angebot.

Redaktion: Die SPD steckt seit Monaten in einem Umfragetief; und auch DIE LINKE stagniert. Haben diese Parteien die falschen Themen?

Prof. Niedermayer: Sie haben nicht die falschen Themen, aber einem Erfolg stehen zwei Dinge entgegen. Die SPD hat seit vielen Jahren ein Glaubwürdigkeitsproblem bei einem Teil ihrer Stammwähler – und das nicht erst seit der Agenda 2010. Ende der 90er Jahre hatte man mit dem Slogan „Innovation und soziale Gerechtigkeit“ versprochen, man könne den Sozialstaat umbauen,

ohne ihn abzubauen. Aber man hatte keine entsprechende Konzeption, und so ist der SPD innerhalb eines halben Jahres die Hälfte des Wählerpotenzials weggebrochen. Viele sind nicht mehr zur Wahl gegangen bzw. haben nun mit DIE LINKE eine Alternative. Der Linken wird zwar zugestanden, die richtigen Fragen zu stellen; doch die meisten trauen ihr nicht zu, auch die richtigen Antworten zu haben.

Redaktion: Vor vier Jahren sagten die Umfragen lange Zeit eine Koalition aus CDU/CSU und FDP voraus. Doch am Wahltag kam es anders. Kann sich dies am 27. September wiederholen?

Prof. Niedermayer: Auszuschließen ist es nicht. Die Parteienbindung ist schwächer geworden, und viele Wähler entscheiden sich erst recht spät. Es ist also durchaus möglich, dass sich hier noch etwas bewegt. Damit es dazu kommt, muss es aber einen wesentlichen Anlass für eine solche Bewegung geben. Ein entsprechend mobilisierendes Thema verbunden mit einer geschickten Wahlkampfstrategie zeichnet sich allerdings derzeit nicht ab. ■ (W)



Die Wahlprogramme der Parteien

In allen Parteiprogrammen zur Bundestagswahl am 27.09.2009 ist die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise das wichtigste Thema. Wie und in welcher Koalition wollen die Parteien die Krise bewältigen? Welche Belastungen kommen auf die Arbeitnehmer zu? Wir haben uns die einzelnen Wahlprogramme näher angeschaut und den Parteien Fragen gestellt.

Die zur Bundestagswahl 2009 zugelassenen Parteien werben mit ihren Wahlprogrammen um die Gunst der Wähler. Dies sind rund 62,2 Mio. wahlberechtigte Bürger, 32,2 Mio. Frauen und 30 Mio. Männer. Zur Wahl stellen sich insgesamt 27 Parteien, von denen sechs im derzeitigen Bundestag vertreten und weitere 21 speziell zur anstehenden Bundestagswahl zugelassen worden sind. Gewählt wird am 27. September in 299 Wahlkreisen – entweder durch persönliche Stimmabgabe oder mittels Briefwahl. Zu ver-

geben sind 598 Abgeordnetenmandate, zu denen eine bislang unbekanntes Zahl von Überhangmandaten hinzukommen wird.

CDU/CSU

„Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“ haben CDU und CSU ihr gemeinsames Programm überschrieben. Ein wichtiges Ziel dieses Programms ist es, Deutschland den Weg aus der Krise zu weisen. Deren Ursache lässt sich laut CDU/CSU „auf das

Fehlen eines soliden Ordnungsrahmens und auf individuelle Verantwortungslosigkeit“ zurückführen. Dem wollen CDU/CSU mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft entgegenreten, die sie international verankern möchten. In den europäisch und international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes sehen CDU/CSU den ersten Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung.

Den nationalen Haushalt will die Union mit Hilfe der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse konsolidieren und die Notwendigkeit staatlicher Ausgaben prüfen.

„Eine richtige Steuerpolitik befördert Wachstum“ schreiben CDU/CSU, die an dem Ziel „Arbeit für Alle“ festhalten. Der Eingangssteuersatz soll schrittweise auf 12 % und das Einkommen, ab dem der Spitzensteuersatz greift, auf 60.000 € angehoben werden. Besonders investiert werden soll in die mittelständische Wirtschaft „als wirtschaftliches Rückgrat“.

CDU/CSU wollen keinen gesetzlichen Mindestlohn. Stattdessen sollen

Die Wahlprogramme im Internet

Die einzelnen Wahlprogramme stehen auf der Homepage der jeweiligen Partei als Download bereit:

CDU/CSU	www.cdu.de	(PDF mit 94 Seiten; 2,52 MB)
SPD	www.spd.de	(PDF mit 94 Seiten; 459,1 KB)
FDP	www.fdp.de	(PDF mit 86 Seiten; 298,12 KB)
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	www.gruene.de	(PDF mit 115 Seiten; 1,21 MB)
DIE LINKE	www.die-linke.de	(PDF mit 64 Seiten; 372 KB)

Unsere Fragen an ...

Dr. Ralf Brauksiepe, Vorsitzender der Arbeitsgruppe

Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion

Redaktion: Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten. Wie stehen Sie zur Mitbestimmung?

Dr. Ralf Brauksiepe: Soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind Kernelemente der sozialen Marktwirtschaft. Wir werden sie zukunftsfähig, betriebsnah und beschäftigungsfreundlich weiterentwickeln.

Redaktion: Im Jahr 2008 hatten etwa 7 % der über 63-Jährigen noch einen Vollzeitjob. Wie realistisch und sinnvoll ist die Rente mit 67?

Dr. Ralf Brauksiepe: Die Altersversorgung in Deutschland ist wieder sicher, nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Rentenalters. Sie war die Voraussetzung, auch künftigen Generationen den Lebensstandard sichern zu können.



Redaktion: Die Angst vor dem Jobverlust ist groß. Brauchen wir nicht einen besseren Kündigungsschutz?

Dr. Ralf Brauksiepe: Die CDU steht für das Ziel „Arbeit für alle“. Beim Kündigungsschutz sind keine Änderungen vorgesehen.

Redaktion: Welchen Beitrag soll der Staat leisten, um Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaftskrise zu schützen?

Dr. Ralf Brauksiepe: Die CDU bekennt sich zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Redaktion: Muss die Haftung von Managern für ihr Handeln verschärft werden?

Dr. Ralf Brauksiepe: Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ist der haftende Eigentümer-Unternehmer. Für angestellte Manager muss die persönliche Haftung gestärkt werden.



Dr. Ralf Brauksiepe gehört dem Deutschen Bundestag seit 1998 an. Seit 2005 ist der promovierte Ökonom Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dr. Brauksiepe ist stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Deutschlands und Mitglied der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB).

Redaktion: Auch die Steuerpolitik ist ein zentrales Thema. Wie lautet die Position Ihrer Partei?

Dr. Ralf Brauksiepe: Wir wollen zuallererst die Menschen entlasten, die durch ihre Arbeit unser Land voranbringen. Es geht um eine grundlegende Tarifierform, die die „kalte Progression“ mildert. Wir wollen schrittweise mit der Abflachung des Mittelstandsbauches, der Senkung des Eingangsteuersatzes auf 12 % und der Verschiebung des Höchststeuersatzes auf Jahreseinkommen ab 60.000 € die Bürger entlasten. ■

Foto: CDU

sittenwidrige Löhne verboten werden, um Lohndumping zu verhindern. Der Freibetrag beim Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger soll erhöht werden. Um ihre Ziele zu erreichen, wollen CDU/CSU „eine Regierung mit der Freien Demokratischen Partei bilden.“

SPD

„Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.“ – Das hat sich die SPD vorgenommen. Sie setzt auf einen „Neustart der Sozialen Marktwirtschaft“ nicht nur in Deutschland, sondern international. So will die SPD zum Beispiel mit einer Börsenumsatzsteuer kurzfristige Spekulationen eindämmen.

Wer sehr gut verdient, soll nach den Vorstellungen der SPD künftig mehr Steuern zahlen. Ab einem Einkommen in Höhe von 125.000 € für Alleinstehende und ab 250.000 € für Verheiratete sollen 47 % Steuern fällig werden; derzeit sind es 45 %. Die Mehreinnahmen sollen in den Bildungsetat fließen. Wer hingegen künftig beim Finanzamt

per Postkarte auf seine Steuererklärung verzichtet, soll einen Lohnsteuer-Bonus in Höhe von 300 € bekommen. Außerdem soll der Eingangsteuersatz von aktuell 14 % auf 10 % gesenkt werden, der Kinderfreibetrag um 200 € je Kind steigen.

In ihrem Programm fordert die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn und nennt eine „Orientierungsmarke“ von 7,50 €. Bleibt die SPD hier schwammig, ist sie an einem anderen Punkt deutlich: Der Schutz vor Kündigung und die freie Wahl von Betriebsräten sind für diese Partei „unverzichtbare Rechte“. Der Krise zum Trotz hält die SPD am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Und: „Wir wollen Gute Arbeit: Arbeit, die fair bezahlt ist, nicht krank macht, Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnet und familienfreundlich gestaltet ist.“ Mit einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz sollen die Rechte der Beschäftigten gesichert werden.

Bevorzugter Koalitionspartner der SPD sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Falls eine Dreier-Koalition notwendig

wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet“, heißt es in dem Wahlprogramm.

FDP

„Die Mitte stärken“ lautet die Überschrift des FDP-Wahlprogramms. Auch die FDP setzt auf die soziale Marktwirtschaft und versteht sich „als Anwalt der Mitte“, deren Eigenverantwortung und Leistungswille „das Fundament unserer Gesellschaft“ seien.

Die Wirtschaftskrise sei eine Folge der Finanzkrise. Aber: „Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen. Deshalb muss unverzüglich die staatliche Bankenaufsicht auf nationaler und internationaler Ebene effektiver werden“, fordert die FDP.

Mit einem Drei-Stufen-Tarif will die FDP das Steuerrecht vereinfachen. Jeder Bürger bekommt einen Grundfreibetrag in Höhe von 8.004 €, darüber liegende Einkommen bis 20.000 € pro Jahr werden mit 10 % besteuert. Ein Satz von 25 % soll für Einkommen von 20.000 bis 50.000 € gelten; mit 35 %

Unsere Fragen an ...

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Redaktion: Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten. Wie stehen Sie zur Mitbestimmung?

Olaf Scholz: Die betriebliche Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Sozialmodells. Es ist klug, Beteiligungsrechte gezielt – zum Beispiel bei Aus- und Weiterbildung – auszubauen.

Redaktion: Im Jahr 2008 hatten etwa 7 % der über 63-Jährigen noch einen Vollzeitjob. Wie realistisch und sinnvoll ist die Rente mit 67?

Olaf Scholz: Wer ins Berufsleben startet, hat fünf Jahrzehnte Arbeit vor sich. Die müssen wir so gestalten, dass man ein Leben lang klarkommt. Das Umdenken wird kommen – allein durch den drohenden Mangel an Fachleuten.

Redaktion: Die Angst vor dem Jobverlust ist groß. Brauchen wir nicht einen besseren Kündigungsschutz?

Olaf Scholz: Der Schutz vor Kündigung gibt gerade in der Krise Sicherheit. Wichtig ist, dass der Kündigungsschutz nicht abgebaut wird.

Redaktion: Welchen Beitrag soll der Staat leisten, um Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaftskrise zu schützen?

Olaf Scholz: Wir sind seit Beginn der Krise im Einsatz für Arbeit und haben die Kurzarbeit massiv ausgebaut. So haben wir bislang hunderttausende Arbeitsplätze gerettet.



Redaktion: Muss die Haftung von Managern für ihr Handeln verschärft werden?

Olaf Scholz: Wir haben bereits die Haftungsregeln verschärft und eine Selbstbeteiligung bei Managerversicherungen vorgeschrieben.

Redaktion: Auch die Steuerpolitik ist ein zentrales Thema. Wie lautet die Position Ihrer Partei?



Olaf Scholz ist seit dem 21.11. 2007 Bundesminister für Arbeit und Soziales. Dem Deutschen Bundestag gehört der Rechtsanwalt – abgesehen von einer kurzzeitigen Unterbrechung – seit 1998 an. Von November 2005 bis November 2007 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Zuvor war Olaf Scholz von 2002 bis März 2004 Generalsekretär seiner Partei.

Olaf Scholz: Unser Sozialstaat darf nicht beschnitten werden. Wer Steuersenkungen für Bürger mit höheren Einkommen vorschlägt, will Rentnern, Arbeitslosen, Studierenden und Wohngeldempfängern in die Tasche greifen. Das ist ungerrecht. ■

Foto: BMAS

werden Einkommen über 50.000 € besteuert.

Für Unternehmen will die FDP einen Zwei-Stufen-Tarif von 10 % und 25 %. Die Gewerbesteuer soll abgeschafft werden. „Die Steuerbelastung für Unternehmen darf das durchschnittliche Besteuerungsniveau der entwickelten Industrieländer nicht übersteigen, sonst ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet“, heißt es in dem Wahlprogramm.

Tarifverträge sollen durch Bündnisse für Arbeit ersetzt werden, sofern Arbeitgeber und Beschäftigte das befürworten. Der Kündigungsschutz soll nur für Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten gelten.

Alle aus Steuern finanzierten Sozialleistungen sollen in einem Bürgergeld in Höhe von 662 € gebündelt werden. Es soll das bisherige Arbeitslosengeld II und die Wohnkosten zusammenfassen. Das Renteneinstiegalter soll auf 60 Jahre gesenkt werden, bei längerer oder kürzerer Arbeitszeit soll es Zu- oder Abschläge geben.

„Deutschland braucht den Politikwechsel – die FDP will den Politikwechsel“

, mit wem, steht nicht in dem Programm.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nicht weniger als einen neuen Gesellschaftsvertrag. Und so nennen sie ihr Wahlprogramm auch: „Der Neue Grüne Gesellschaftsvertrag“ mit den vier Kernpunkten Klima, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit.

Sie wollen „die Spielhölle der Finanzjongleure“ schließen. Falls nötig, sollen Banken zur Krisenbewältigung teilweise verstaatlicht werden können. Europaweit soll eine Finanzumsatzsteuer auf Geschäfte zwischen Währungsräumen und an Börsen erhoben werden.

Mit einem „Green New Deal“ wollen die Grünen „die alte Industriegesellschaft zukunftsorientiert umbauen“. Klimaschutz, Bildung und das Gesundheitssystem sollen zu Jobmotoren werden und bis 2013 eine Million neue Jobs schaffen. Der Strukturwandel soll staatlich gefördert werden und alle Industrien erfassen. Das kostet Geld: In den nächsten vier Jahren sind neue

Schulden in Höhe von 20 Mrd. € jährlich vorgesehen.

Um die Krisenkosten zu tilgen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine zeitlich befristete Vermögensabgabe einführen, den Spitzensteuersatz anheben sowie Kapitaleinkommen und Erben steuerlich stärker belasten. Der Steuerabzug von Manager-Ausgaben soll auf 500.000 € begrenzt werden.

Bezieher niedriger Einkommen hingegen sollen mit niedrigeren Sozialbeiträgen entlastet werden. Die Grünen fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde und oberhalb dieser Schwelle unterschiedliche Lohnuntergrenzen durch die Tarifpartner. Das Arbeitslosengeld II soll auf 420 € angehoben und perspektivisch durch eine „armutsfeste“ Grundsicherung abgelöst werden.

Eine Koalitionsaussage ist im Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu finden.

DIE LINKE

„Konsequent sozial. Für Frieden und Demokratie.“ ist DIE LINKE laut ihrem

Unsere Fragen an ...

Dirk Niebel, Generalsekretär der FDP

Redaktion: Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten. Wie stehen Sie zur Mitbestimmung?

Dirk Niebel: Die FDP fordert vor allem im Interesse mittelständischer Betriebe ein flexibilisiertes und entbürokratisiertes Betriebsverfassungsgesetz. Gerade in kleinen Inhaberbetrieben wird das unkomplizierte betriebliche Miteinander durch die gesetzliche Mitbestimmungsverstärkung erheblich gestört. Die Kosten der betriebliche Mitbestimmung müssen begrenzt, die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert werden.



Redaktion: Im Jahr 2008 hatten etwa 7 % der über 63-Jährigen noch einen Vollzeitjob. Wie realistisch und sinnvoll ist die Rente mit 67?

Dirk Niebel: Die FDP lehnt die Anhebung einer starren Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ab. Wir sind für einen flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, der es Älteren ermöglicht, die Arbeitszeit bei Bedarf ab dem 60. Lebensjahr zu reduzieren. Gleichzeitig erhalten sie die Möglichkeit, unbegrenzt hinzuverdienen.

Redaktion: Die Angst vor dem Jobverlust ist groß. Brauchen wir nicht einen besseren Kündigungsschutz?

Dirk Niebel: Wir wollen das Kündigungsschutzgesetz den Realitäten anpassen. Das bestehende Kündigungsschutzrecht schützt zwar bereits beschäftigte Arbeitnehmer, erschwert aber Arbeitsuchenden den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Daher muss das Kündigungsschutzgesetz so verändert werden, dass Unternehmen den Personalbestand den sich ändernden Marktbedingungen anpassen und zeitnah auf sich verändernde Auftragslagen reagieren können.

Redaktion: Welchen Beitrag soll der Staat leisten, um Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaftskrise zu schützen?

Dirk Niebel: Wir brauchen mehr Flexibilität und nicht mehr Regulierung, damit Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Die FDP will, dass sich Leistung in Deutschland wieder lohnt. Ziel liberaler Politik ist daher ein einfaches Steuersystem mit fairen Steuersätzen. Wir wollen den Gesamtsozialversicherungsbeitrag langfristig unter 40 % halten. Den Bürgern muss mehr Net-



Der ehemalige Zeitsoldat Dirk Niebel gehört dem Deutschen Bundestag seit 1998 an. Seit Mai 2005 ist er der Generalsekretär der FDP.

to vom Brutto übrig bleiben, die Unternehmen müssen von den hohen Lohnnebenkosten entlastet werden. Das schafft Arbeitsplätze und belässt den Bürgerinnen und Bürgern größeren finanziellen Spielraum, um privat vorzusorgen.

Redaktion: Muss die Haftung von Managern für ihr Handeln verschärft werden?

Dirk Niebel: Die Haftung der Vorstände von Kapitalgesellschaften ist im internationalen Vergleich sehr weitgehend. Allerdings müssen Ansprüche der Gesellschaften durch die Aufsichtsräte auch geltend gemacht werden.

Redaktion: Auch die Steuerpolitik ist ein zentrales Thema. Wie lautet die Position Ihrer Partei?

Dirk Niebel: In einer sozialen Marktwirtschaft sollte eine so maßvolle Besteuerung selbstverständlich sein, dass die Bürger alle Energie in die Erbringung und Steigerung ihrer Leistung und ihres persönlichen Wohlstands stecken. ■

Wahlprogramm. Die derzeitige Krise sei „die Krise einer Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit produziert.“ Eine tiefe soziale Spaltung sei die Folge. Grünen, FDP, SPD und CDU/CSU wirft DIE LINKE vor: „Sie haben die Gesetze beschlossen, die das alles möglich machten.“

Vieles davon will DIE LINKE rückgängig machen, wie zum Beispiel die Rente mit 67. Die Leiharbeit soll gänzlich abgeschafft, der Kündigungsschutz hingegen ausgebaut und die Rentenversicherung zur „Erwerbstätigenversicherung“ umgebaut werden, in die auch Selbständige, Beamte und Politiker einzahlen. Als Mindestlohn fordert DIE LINKE 10 € pro Stunde; und alle geleisteten Arbeitsstunden sollen sozialversicherungspflichtig sein. Das Arbeitslosengeld II will die

Partei mittelfristig durch eine „bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung“ ablösen und es in der nächsten Legislaturperiode auf 500 € erhöhen.

Viel Geld will DIE LINKE in die Schaffung neuer Arbeitsplätze stecken. Ab 2009 soll der Staat jährlich 100 Mrd. € in Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und die Energiewende investieren. Darüber hinaus sollen mit einem 100 Mrd. € schweren Zukunftsfonds Unternehmen gefördert werden, die Produkte und Produktionsverfahren sozial und ökologisch weiterentwickeln. Damit der Staat im Sinne der Menschen handlungsfähig sein kann, müssen hohe Einkommen, hohe Erbschaften und Konzerngewinne höher besteuert werden, so DIE LINKE.

„Links wirkt“ auch aus der Opposition heraus, ist man überzeugt: „Das haben die vergangenen vier Jahre gezeigt.“

Resümee

Welche Wahl hat der Wähler? Die Programme der Parteien werden sich immer ähnlicher, lautet eine weitverbreitete Meinung. Doch wer sich mit den vorgelegten Wahlprogrammen auseinandersetzt, wird schnell feststellen, dass dies nicht stimmt. Wer von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, kann zwischen sich deutlich unterscheiden. Selbst dort, wo auf den ersten Blick die Unterschiede nicht ganz so deutlich scheinen, werden bei einem genaueren Hinsehen die von den Parteien gesetzten Akzente erkennbar. ■ (WI)

Unsere Fragen an ...

Brigitte Pothmer, Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik

Redaktion: Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten. Wie stehen Sie zur Mitbestimmung?

Brigitte Pothmer: Wir wollen die Mitbestimmung der Beschäftigten stärken. Die Gründung von Betriebsräten muss erleichtert und die zwingenden Mitbestimmungsrechte müssen erweitert werden.

Redaktion: Im Jahr 2008 hatten etwa 7 % der über 63-Jährigen noch einen Vollzeitjob. Wie realistisch und sinnvoll ist die Rente mit 67?

Brigitte Pothmer: Eine längere Lebensarbeitszeit ist zu vertreten, wenn genügend Arbeitsplätze für Ältere zur Verfügung stehen und die Arbeitsbedingungen altersgerecht sind.

Redaktion: Die Angst vor dem Jobverlust ist groß. Brauchen wir nicht einen besseren Kündigungsschutz?

Brigitte Pothmer: Der Kündigungsschutz darf nicht ausgehöhlt werden. Mehr soziale Absicherung muss es aber auch für Leiharbeit, befristete Beschäftigung und die Solo-Selbständigen geben.

Redaktion: Welchen Beitrag soll der Staat leisten, um Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaftskrise zu schützen?

Brigitte Pothmer: Wir Grüne wollen durch eine konsequente ökologische Modernisierung 1 Mio. neue nachhaltige Jobs schaffen. In der Krise helfen Kurzarbeit und Qualifizierung. Zusätzlich brauchen wir regionale Transfergesellschaften und Ausbildung für alle.

Redaktion: Muss die Haftung von Managern für ihr Handeln verschärft werden?

Brigitte Pothmer: Ja, denn wer hohe Risiken produziert, muss dafür geradestehen.



Seit dem Jahr 2005 ist die Diplom-Sozialpädagogin Brigitte Pothmer Mitglied des Deutschen Bundestags. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie die Sprecherin ihrer Partei für Arbeitsmarktpolitik. Zuvor war sie von Mai 2003 bis November 2005 Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen.

Redaktion: Auch die Steuerpolitik ist ein zentrales Thema. Wie lautet die Position Ihrer Partei?

Brigitte Pothmer: Wir streiten für mehr Gerechtigkeit und wollen starke Schultern steuerlich mehr belasten, eine befristete Vermögensabgabe einführen und kleine und mittlere Einkommen entlasten. ■

Foto: DBT/Schöneberger

Unsere Fragen an ...

Werner Dreibus, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Redaktion: Betriebsräte vertreten die Interessen der Beschäftigten. Wie stehen Sie zur Mitbestimmung?

Werner Dreibus: Für DIE LINKE ist die Mitbestimmung ein unverzichtbares Element der Demokratie. Allerdings sind bisher wichtige Entscheidungsbereiche der Mitbestimmung nicht zugänglich. Deshalb fordert Die LINKE den Ausbau der betrieblichen und der Unternehmensmitbestimmung.

Redaktion: Im Jahr 2008 hatten etwa 7 % der über 63-Jährigen noch einen Vollzeitjob. Wie realistisch und sinnvoll ist die Rente mit 67?

Werner Dreibus: Sie ist unrealistisch und deshalb ist sie nichts anderes als eine Rentenkürzung. Deshalb fordert DIE LINKE ihre Rücknahme.

Redaktion: Die Angst vor dem Jobverlust ist groß. Brauchen wir nicht einen besseren Kündigungsschutz?

Werner Dreibus: Ja, auf jeden Fall. DIE LINKE fordert die Ausweitung des Kündigungsschutzes

schutzes auf alle Betriebe unabhängig von ihrer Beschäftigtenzahl. Außerdem soll der Kündigungsschutz bereits nach drei Monaten in Kraft treten.

Redaktion: Welchen Beitrag soll der Staat leisten, um Arbeitnehmerinteressen in der Wirtschaftskrise zu schützen?

Werner Dreibus: Wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen. Darin muss unter anderem enthalten sein eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die Förderung der Altersteilzeit, ein längerer Bezug des Arbeitslosengeldes I, ein höheres Arbeitslosengeld II und ein Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Industrie und im öffentlichen Dienst.

Redaktion: Muss die Haftung von Managern für ihr Handeln verschärft werden?

Werner Dreibus: Selbstverständlich. Die Vorstände deutscher Unternehmen müssen stärker für ihre Fehler in die Verantwortung genommen werden. Eine Managerhaftung, wie sie in den USA und Groß-



Werner Dreibus ist Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Offenbach am Main. Dem Bundestag gehört der gelernte Chemiefacharbeiter seit 2005 an. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und gewerkschaftspolitischer Sprecher seiner Partei.

britannien seit langem greift, ist in Deutschland immer noch überfällig.

Redaktion: Auch die Steuerpolitik ist ein zentrales Thema. Wie lautet die Position Ihrer Partei?

Werner Dreibus: DIE LINKE fordert mehr Gerechtigkeit bei den Steuern. Deshalb wollen wir eine Millionärssteuer von 5 % auf alle Privatvermögen über 1 Mio. €. Bei der Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten und einen Spitzensteuersatz von 53 % auf alle Einkommensanteile über 70.000 € erheben. ■

Foto: DIE LINKE